

Henner Fürtig

## Saudi-Arabien zwischen Muhammad und Moderne

Auf viele Menschen, die sich für den Vorderen Orient interessieren, übt das Königreich Saudi-Arabien eine eigenartige Faszination aus. Einerseits ist weitgehend bekannt, dass das Land weltweit über die umfangreichsten – und zudem konkurrenzlos preiswert zu fördernden – Vorräte an Erdöl, dem wichtigsten strategischen Rohstoff der vergangenen fünfzig Jahre, verfügt und aus den Erlösen eine hochmoderne Wirtschaft aufbaute, andererseits gilt Saudi-Arabien als verschlossen, extrem konservativ und einer puritanischen Auslegung des Islam verpflichtet. Tatsächlich treffen beide Wahrnehmungen zu, wobei letzterer aber das Primat zukommt.

Auch als es der Familie Sa'ud unter ihrem Oberhaupt Abd al-Aziz (genannt Ibn Sa'ud) 1932 zum dritten Mal seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gelang, auf der Arabischen Halbinsel einen Zentralstaat unter ihrer Führung zu errichten, fusste die Gründung auf einem nahezu symbiotischen Verhältnis mit der Geistlichkeit. Die Allianz geht auf das Jahr 1744 zurück, als der Dynastiegründer Muhammad Ibn Sa'ud dem hanbalitischen Reformler Muhammad Ibn Abd al-Wahhab zusicherte, dessen Religionsauslegung nicht

*Henner Fürtig ist seit 2002 am deutschen Orient-Institut in Hamburg tätig. Zuvor war er Leiter eines Forschungsteams am Zentrum Moderner Orient in Berlin. 2001 gab er einen Sammelband zum Thema «Islamische Welt und Globalisierung. Aneignung, Abgrenzung, Gegenwürfe» heraus, im vergangenen Jahr erschien von ihm eine «Kleine Geschichte des Irak».*

nur als die allein gültige anzunehmen, sondern sie auch zu schützen und zu verbreiten. Im Gegenzug versprach Abd al-Wahhab – auch für seine Nachkommen, die Al Shaikh – die Herrschaft der Al Sa'ud als einzig rechtmässige zu proklamieren. Auf dieser Grundlage kann die Familie Sa'ud seit jeher auf die Unterstützung der hohen Geistlichen bauen, die zwar kaum Alltagspolitik betreiben, aber wichtige Inhalte der Gesetzgebung bestimmen und aufmerksam über die Einhaltung der wahhabitischen Normen wachen.

Die Symbiose begünstigte eine aussergewöhnliche Machtfülle des Königs. Er vereint in seiner Person die Funktionen des Staatsoberhauptes und des Ministerpräsidenten. Er setzt Gesetze in Kraft und befehligt als Oberkommandierender alle Streitkräfte des Landes. Zudem verkörpert er – als «Hüter der beiden Heiligen Stätten» in Mekka und Medina – auch die höchste religiöse Autorität des Landes. In der Person des Königs manifestiert sich somit die strikte Ablehnung jeder Trennung von Staat und Religion; Koran und Sunna gelten zudem offiziell als Verfassung. Dem König und der durch ihn mitregierenden Familie Sa'ud (je nach Zählung zwischen minimal 6000 und maximal

20'000 Personen) gelang es bisher, demokratische Mitbestimmungsformen wie Wahlen und dafür notwendige Voraussetzungen, das heisst Parteien, aber auch Interessenverbände und Gewerkschaften zu verhindern.

Trotz dieser Machtfülle besteht jedoch ein fundamentaler Unterschied zu den europäischen Monarchen des Absolutismus. Saudi-arabische Könige können nicht für sich in Anspruch nehmen, durch göttliches Recht zu herrschen. Sie unterliegen dem islamischen Recht wie ihre Untertanen. Da sich aus dem Anspruch, in Übereinstimmung mit dem islamischen Recht zu herrschen, der Kern ihrer Legitimität ableitet, sind alle Könige letztlich darauf angewiesen, dass nicht nur die Geistlichen, sondern alle gläubigen Untertanen die Übereinstimmung bestätigen oder sie zumindest nicht in Abrede stellen.

### Arbeiterschaft und Mittelschicht

Als 1938 die ersten grossen Erdölfunde in Saudi-Arabien gelangen, und selbst nach 1945, als mit der kommerziellen Ausbeutung in grösserem Rahmen begonnen wurde, stellte sich die saudiarabische Gesellschaft noch weitgehend «archaisch» und homogen dar. Die zugrunde liegenden Stammesstrukturen dominierten die bestenfalls embryonalen Ansätze einer Unternehmerschaft, Arbeiterklasse oder von Mittelschichten. Mit der Aufnahme und Ausweitung der Erdölförderung kamen jedoch nicht nur Devisen, sondern auch ausländische Spezialisten, ausländisches Know-how, fremde Ideen und Gebrauchsgüter ins Land. Es setzte ein rapider sozialer Differenzierungsprozess ein. Auf den Erdölfeldern entstand eine zunehmend selbstbewusste Arbeiterschaft, reichliches Kapital und der wachsende Bedarf an Dienstleistungen liessen eine Schicht privater Unternehmer entstehen. Dazwischen formierte sich eine Mittelschicht, deren Bildungsstand – auch durch Auslandsstudien – beständig stieg. In den westlichen Importländern wuchs, unter den Bedingungen des Kalten Krieges, die Sorge vor einem Umsturz durch antimonarchistische, linke und nationalistische Kräfte. König Faisal war der

erste Monarch, der die Sorgen – auch aus eigener Einsicht – offensiv aufgriff und mit einem Modernisierungsprogramm beantwortete. Die 1960-er Jahre standen ganz im Zeichen seiner Bemühungen, Saudi-Arabien vor allem durch Wirtschafts- und Strukturreformen «fit» für das späte 20. Jahrhundert zu machen. Zu Beginn der 1970-er Jahre trat ein Ereignis ein, das sein Modernisierungsprogramm enorm beschleunigte, das aber die saudiarabische Gesellschaft auch vor eine Zerreissprobe stellte: die Vervielfachung der Erdöleinnahmen.

Nachdem der saudische Staat Förderung und Vermarktung des flüssigen Kohlenwasserstoffs zu Beginn des Jahrzehnts in eigene Regie genommen hatte, explodierte der Erdölpreis 1973 von 1.86 US-\$/Barrel auf über 11 US-\$/Barrel. 1980, zum Ende des Jahrzehnts, erzielte Saudi-Arabien Exporterlöse von 102,2 Mrd. US-\$. Das bedeutete eine 53-fache Erhöhung der Erdöleinnahmen innerhalb eines Jahrzehnts. Jetzt nahm ein devisa-induzierter Wirtschaftsboom in Saudi-Arabien seinen Lauf, der in der arabischen Welt seinesgleichen sucht. Es entstand nicht nur die glitzernde Fassade einer Wirtschafts- und Finanzmacht, sondern auch die Gesellschaft wurde zusehends differenzierter und lebendiger. Immer nachdrücklicher forderten Privatunternehmer, Intellektuelle und Fachleute eine Ergänzung der Wirtschaftsdurch politische Reformen, sprich: die Implementierung bürgerlicher Freiheiten. Auf der anderen Seite fürchteten viele Gläubige, nicht nur Geistliche, eine nachhaltige Erosion der wahhabitischen Grundlagen des Staates. Die Besetzung der Grossen Moschee von Mekka im November 1979 durch militante Vertreter dieser Strömung markierte den offensichtlichsten Ausdruck der Befürchtungen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt befinden sich die Al Sa'ud in einem stetigen Spagat zwischen Muhammad und Moderne; sie müssen beständig zwischen Reformern und Bewahrern vermitteln.

Die enormen Einnahmen aus dem Erdöllexport versetzten die Al Sa'ud seit den 1970-er Jahren in die Lage, ihren Untertanen ein üppiges Sozial- und Bildungsprogramm, verbunden mit zahlreichen

finanziellen Anreizen/Erleichterungen für Privatunternehmer und Mittelschichten zukommen zu lassen. Durch diese aus der Erdölrente finanzierten Leistungen wurde zusätzlich Legitimität produziert, weil die Al Sa'ud quasi Wohlfahrt gegen Loyalität handeln. Der Mitbestimmungswille wird aufgekauft. Den wahhabitischen Bedenkenträgern kam das Königshaus in den 1980-er Jahren durch eine besonders penible Einhaltung der Glaubensnormen im Inland entgegen. Im Ausland betätigte es sich als «Zauberlehrling», als Beifall heischender Initiator und/oder Finanzier islamischer Wohlfahrts- und Missionierungsleistungen. Die als «Entwicklungshilfe» deklarierten Leistungen erreichten zwischen 1975 und 2002 die schwindelerregende Summe von 70 Mrd. US-\$.<sup>1</sup> Ausserdem ermutigten und finanzierten die Al Sa'ud den Kampf der Mudschahidîn gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan. An der Spitze des saudi-arabischen Kontingents stand der Sprössling einer der reichsten Familien des Landes: Usama Ibn Ladin.

## Die Zäsur des 2. Golfkriegs

Bis zum 2. Golfkrieg wurde die Selbstlegitimierung der Al Sa'ud selten in Frage gestellt. Erst die mit dem irakischen Einmarsch in den Nachbarstaat Kuwait am 2.8.1990 verbundene existentielle Bedrohung Saudi-Arabiens führte zu ersten grundsätzlichen Zweifeln. Es stellte sich heraus, dass insbesondere zwei tragende Säulen der Legitimität labil sind: erstens, die finanzielle Möglichkeit, um der Bevölkerung die politische Entmündigung im «goldenen Käfig» schmackhaft zu machen und zweitens, der Anspruch, als Wahrer des rechten Glaubens und Hüter der Heiligen Stätten aufzutreten.

Mehr als 80 Prozent des saudi-arabischen Budgets werden vom Erdöllexport getragen. Da aber der Erdölmarkt – wie alle Warenmärkte – bestimmten Zyklen unterliegt, geriet Saudi-Arabien zum Spielball dieser Zyklen. Nach Einnahmen von 101,81 Mrd. US-\$ im Jahr 1981 folgte ein stetiger Niedergang und fünf Jahre später ein Einbruch auf nur 28,5 Mrd. US-\$.<sup>2</sup> Schon 1983 hat-

te sich die Regierung gezwungen gesehen, die Auslandsrücklagen anzugreifen, 1988 waren die 170 Mrd. US-\$ aufgebraucht. Drei Jahre später entstanden Saudi-Arabien im Zusammenhang mit der Abwehr eines möglichen irakischen Angriffs und der Zurückdrängung der irakischen Aggressoren aus Kuwait Kosten in Höhe von 60 Mrd. US-\$. Die Regierung begann bei in- und ausländischen Banken Geld zu borgen, die (Inlands)schulden sind seitdem höher als das Bruttoinlandsprodukt (BIP); 15 Prozent der Staatseinnahmen müssen für den Schuldendienst<sup>3</sup> aufgewendet werden. Auf Grund der Einnahmeausfälle geriet der Versorgungsstaat an seine Grenzen. Die Krise wurde durch das hohe Bevölkerungswachstum von 4,3 Prozent pro Jahr verschärft (75 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre)<sup>4</sup>. Damit stieg die Zahl der Personen, die auf den Arbeitsmarkt strömen, stetig an. Heute kann nur noch etwa jeder dritte Arbeitswillige eingestellt werden, während jährlich 400'000 Jugendliche von der Schul- oder Universitätsbank direkt in die Arbeitslosigkeit gehen.<sup>5</sup> Seriöse Schätzungen bestimmen eine Arbeitslosenrate von circa 30 Prozent.<sup>6</sup>

Immer mehr Mittelklassefamilien müssen arbeitslose Mitglieder mitversorgen, das Pro-Kopf-Einkommen des Landes sank innerhalb einer Generation (1981-1999) von 14'000 US-\$ auf 6000 US-\$.<sup>7</sup> Erst kürzlich gab ein saudischer Wirtschaftsprofessor eine alarmierende Situationsbeschreibung ab: «Das Geld ist weg, und wir verlieren die Mittelklasse. Wenn die Mittelklasse weg ist, gibt es keinen Puffer mehr – dann greifen die Armen die Reichen an.»<sup>8</sup> Auch wenn das Schreckensszenario noch übertrieben scheint, denn einzelne Personen und Familien, insbesondere die Königsfamilie selbst, blieben – auch nach internationalen Massstäben – «schwerreich» («Forbes» schätzte, dass bis zu 40 Prozent der Erdöleinnahmen dem Königshaus direkt zur Verfügung stehen), aber das eigentliche saudi-arabische Wohlfahrtsmodell, einer der tragenden Pfeiler der Macht der Al Sa'ud ist brüchig geworden.

Der Zwang der Al Sa'ud 1990, US-Truppen zum Schutz ins Land zu holen, und sie nach dem Ende des 2. Golfkriegs zudem dort stationiert zu

## Résumé

L'état moderne saoudien est basé sur une alliance entre la famille As-Saoud et le clergé wahhabite. Le résultat de cette symbiose est une position de pouvoir presque absolu du roi, réunissant en sa seule personne les fonctions de chef d'état, de Premier ministre, de légiférant, de chef suprême de l'armée et de «gardien des lieux saints».

Ainsi, jusqu'à nos jours, la famille saoudienne a réussi à empêcher toute forme de participation démocratique. Mais, contrairement aux monarques absolus européens, les rois saoudiens sont soumis au droit islamique de la même manière que leurs sujets, puisqu'ils justifient la légitimité de leur pouvoir par sa conformité avec la loi islamique.

Après 1945, la production pétrolière a non seulement amené des devises au pays, mais aussi des spécialistes étrangers, des idées nouvelles et des produits de consommation. Ceci a déclenché un processus rapide de différenciation sociale qui s'est accéléré dans les années 70. Les milieux économiques et intellectuels commençaient à demander avec une insistance croissante des réformes politiques.

Le roi Faysal lançait alors un vaste programme social et éducatif, financé par les pétrodollars: Assistance publique contre loyauté ! En même temps, pour contenter le clergé, une observation péniblement stricte des normes religieuses est imposée au pays et, à l'étranger, des institutions islamiques ont été financées, de même que le combat contre les soviets en Afghanistan avec, comme chef du contingent saoudien, Ousama Ibn Ladin.

Jusqu'en 1990, la légitimité des As-Saoud n'a ainsi quasiment jamais été mise en doute. Mais avec l'occupation de Kuweit par l'armée irakienne et la menace existentielle que cela représentait pour l'Arabie saoudite, il s'est avéré que deux piliers de la légitimité saoudienne

montraient des signes de faiblesse: le financement de l'assistance sociale et la prétention d'être le gardien des lieux religieux.

Avec la baisse du prix du pétrole dans les années 80, l'état a dû s'endetter pour financer son système d'assistance. Cette crise a été renforcée par une forte croissance de la population, un taux de chômage de 30% et une baisse du PNB. Pour parer à la crise, une petite ouverture démocratique s'imposait, ainsi un Conseil consultatif de 120 membres a été mis en place.

Mais, le stationnement de troupes américaines en 1990 «pour garantir la sécurité du pays» a fait qu'un nombre croissant de saoudiens commence à en douter que le véritable gardien des lieux saints soit toujours l'Arabie saoudite. Ainsi, Ibn Ladin, de retour d'Afghanistan constatait que son pays était «occupé» et il déclara la guerre à la famille As-Saoud, d'abord avec des attentats en 1995 et 1996 en Arabie saoudite.

Puis, Ibn Ladin, au lieu de frapper la marionnette, décide de porter la guerre au sein de l'Amérique avec l'attentat du «11 septembre». Ces derniers temps, il s'attaque de nouveau à la marionnette, car, pour lui, les As-Saoud «avaient abjuré la vraie foi et étaient incapables de défendre les musulmans.»

Ainsi, les As-Saoud, ne contrôlant plus la force de l'islamisme qu'ils ont déclenché pour légitimer leur pouvoir, ressemblent à l'apprenti sorcier.

Mais ils continuent de jongler, d'un côté, en affichant une piété ostentatoire et, de l'autre côté, en cherchant des alliés tels les chiïtes et les opposants libéraux, confiants que la société saoudienne préfère la continuité au changement.

(Übersetzung/ Zusammenfassung: Bâ)

lassen, wurde und wird von vielen frommen Bürgern des Landes als Offenbarungseid bewertet. Warum mussten die USA umgehend um militärische Hilfe gebeten werden? Warum umfasste die Armee eines so grossen Landes wie Saudi-Arabien nur 50'000 bis 65'000 Soldaten und war offensichtlich unfähig, das Land allein zu verteidigen? Waren die Abermilliarden an Rüstungsimporten umsonst? Ist das saudische Schwert nutzlos ohne den amerikanischen Schild? Jedenfalls waren Amerikaner und nicht die Al Sa'ud die Hüter Mekkas und Medinas: eine Wahrnehmung, die ihren Legitimitätsanspruch ins Herz traf.

### Krisenbewältigung in den 1990ern

Dem zuerst genannten Krisenaspekt begegnete die Königsfamilie mit einer ambitionierten Wiederaufnahme beziehungsweise Beschleunigung der von König Faisal begonnenen Wirtschaftsreform und einer weitaus bescheideneren politischen Reform. Aber immerhin wurde 1992 ein Grundgesetz verabschiedet, das nur aus formalen Gründen nicht «Verfassung» heisst (Verfassung bleibt der Koran) und der Konsultativrat – eine Institution zumindest embryonaler politischer Mitwirkung – eingerichtet. Letzterer wuchs von zunächst 60 auf gegenwärtig 120 Mitglieder und gehört heute zu den etablierten politischen Institutionen des Landes. Beide Reformen lösten die angehäuften Probleme mitnichten, verschafften den Al Sa'ud aber eine Atempause. Der zweite Krisenaspekt liess sich jedoch nicht so rasch entschärfen.

Als im Juli 1992 105 Geistliche ein «Memorandum der Ermahnung» an den König richteten, deuteten sie damit einen Bruch im politischen Gefüge des Landes an. Nicht mehr alle Geistlichen, sondern nur noch die höchsten islamischen Würdenträger stehen in Nibelungentreue zum Palast. Niederrangige Rechtsgelehrte, oft im Verbund mit intellektuellen Laien, sehen jedoch die dringende Verpflichtung, die Al Sa'ud wieder zur Einhaltung des «rechten Weges» zu mahnen. Das Memorandum geisselte die Korruption und forderte die Annullierung aller Militärverträge mit westlichen Staaten, radikale Veränderungen in der politischen, ökonomischen und sozialen Lage des Landes, die voll-

ständige Trennung von Exekutive und Judikative und die Beseitigung der staatlichen Kontrolle über die Inhalte theologischer Lehre. Shaikh Safar al-Hawali, der Dekan der theologischen Fakultät der Umm al-Qura-Universität in Mekka, und der Prediger Salman al-Auda wurden zu den aktivsten Propagandisten dieser Forderungen, nachdem der Hof sie ignoriert hatte. Beide wurden 1994 inhaftiert. Damit war das Problem für die Herrscher aber nicht ausgestanden, denn es waren neue Aktivisten auf den Plan getreten.

Schon am 3. Mai 1993 hatte der Physikprofessor Muhammad al-Massari, zusammen mit fünf weiteren Akademikern und Geistlichen das «Committee for the Defence of Legitimate Rights (CDLR)» gegründet. Mit dieser Organisation war gegenüber den bisherigen Protesten von Einzelpersonen eine neue Qualität erreicht. Die Regierung verbot sie umgehend, enthob alle Mitglieder ihrer Posten, verhaftete Massari und schob ihn im April 1994 nach London ab. Massari, sein Nachfolger Sa'd al-Faqih, und andere Sympathisanten des CDLR nutzten zwar die britischen Freiheiten, um sich per Telefon, Fax, E-mail oder Internet an ihre Landsleute zu wenden, Mitte der 1990er Jahre hatten die Al Sa'ud diese friedliche islamistische Opposition aber weitgehend mundtot gemacht: bisweilen buchstäblich, denn 1995 wurden mehrere CDLR-Sympathisanten in Saudi-Arabien hingerichtet. Gleichzeitig entstand ihnen aber eine weitaus grössere Gefahr.

Usama Ibn Ladin war nach erfolgreicher Mission in Afghanistan an der Spitze seiner Mujahiddin nach Saudi-Arabien zurückgekehrt. Mit geschärftem Blick stellten sie nun fest, dass die Verhältnisse in ihrer Heimat so gar nicht den Idealen entsprachen, für die sie in Afghanistan gekämpft hatten. Dort war die fremde Armee vertrieben worden, während die Al Sa'ud gerade eine andere in das Land der Heiligen Stätten gerufen hatte. Ibn Ladin forderte deshalb König Fahd in einem offenen Brief am 3. August 1995 zunächst auf, zu den ursprünglichen Lehren Abd al-Wahhabs zurückzukehren und die westlichen Soldaten aus dem Land zu weisen. Als er darauf keine Antwort erhielt, erklärte er den Al Sa'ud

den Krieg, weil sie «hartnäckig gegen die Gebote Gottes verstiessen.»<sup>9</sup> Der Krieg begann am 13. November 1995 mit der Explosion einer Autobombe vor einem Ausbildungslager der Nationalgarde in Riad, bei der sieben Menschen (davon fünf Amerikaner) getötet und sechzig verletzt wurden und erreichte am 25. Juni 1996 einen vorläufigen Höhepunkt, als einer Bombenexplosion in al-Khobar bei Dahran 19 Amerikaner zum Opfer fielen und mehr als 500 Einheimische verletzt wurden. Das deutliche Abflauen der Anschläge danach erleichterte es aber den Al Sa'ud, die Existenz eines indigenen Terrorproblems hartnäckig zu leugnen. Dabei hatten sie die Ruhe nur einem Strategiewechsel Usama Ibn Ladins zu verdanken. Dieser war zu der Überzeugung gelangt, dass es wenig sinnvoll sei, die Marionette anzugreifen und den Puppenspieler zu verschonen. Wenn die USA besiegt würden, wäre auch das Regime der Al Sa'ud verloren. Die Strategie mündete direkt in den 11. September 2001.

### Wegscheide 11. September

Nicht zuletzt, weil Usama Ibn Ladin seiner Strategie ein enges Verhältnis zwischen den USA und Saudi-Arabien zugrunde gelegt hatte, trafen die Terroranschläge seiner al-Qa'ida gegen das World Trade Center und das Pentagon letztlich auch Riad. Allein die Tatsache, dass Saudi-Arabien ein knappes Drittel der globalen Erdölvorräte besitzt und die USA – als grösster Konsument – zugleich ein Drittel des täglich auf dem Weltmarkt verfügbaren Erdöls verbraucht, begründete ausserordentlich enge Beziehungen zwischen beiden Staaten, seit sich US-Präsident Roosevelt und König Ibn Sa'ud 1945 auf dem Kreuzer «Quincy» getroffen hatten. Dreissig Jahre später erhob Präsident Carter die Sonderbeziehungen in den Rang einer Doktrin, als er der Golfregion eine «vitale Bedeutung» für die USA zuschrieb. Diese Doktrin – formalisiert durch bilaterale Militärabkommen – bildete auch die Grundlage für die Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien nach 1990. Dazwischen und danach lagen Jahre des gemeinsamen Kampfes gegen Kommunismus, Nasserismus, Ba'thismus und Khomeinismus. Die ge-

meinsamen Interessen waren so stark, dass sie ausserordentlich unterschiedliche Wertvorstellungen in beiden Ländern überdeckten. Ein weiterer wesentlicher Grund für die Kohäsion liegt in der riesigen Summe von etwa 600 Mrd. US-\$, die saudische Kapitalgeber in den USA anlegten. Damit ist Saudi-Arabien unmittelbar am Wohlergehen der US-Wirtschaft interessiert; es entstand quasi ein Kartell von Erzeugern und Verbrauchern, die beide einen Preis anstreben, der der Gegenseite nicht schadet.

Bei Fortbestehen der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen traten im politischen Verhältnis zwischen beiden Staaten aber durch den Terror vom 11. September erhebliche Spannungen auf. Jetzt fragten höchste Kreise in den USA, wie zuverlässig ein verbündetes Land sein kann, in dem 15 der 19 Attentäter aufwuchsen. Im Juli 2002 gelangten Ergebnisse einer Studie der Rand Corporation für das Pentagon an die Öffentlichkeit, in der Saudi-Arabien zum Feind erklärt und die USA zu einem Kurswechsel aufgerufen wurde. Vor diesem Hintergrund fand auch die Verlagerung der 6000 US-Soldaten aus Saudi-Arabien in die «gastfreundlicheren» Emirate Kuwait und Katar statt (der 3. Golfkrieg im März/April 2003 diente als Anlass). Die Al Sa'ud gingen dadurch zwar des unmittelbaren amerikanischen Schutzschildes verlustig, entledigten sich aber auch eines permanenten Steins des Anstosses. Die Fanalwirkung der amerikanischen Truppenstationierung in Saudi-Arabien für die Opposition hatte nach 1990 nie aufgehört und sich schon vor dem 11. September 2001 deutlich verstärkt. Die unverändert pro-israelische Politik der US-Administration führte mit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Spätsommer 2000 zu einer rasanten Zunahme des Antiamerikanismus' in Saudi-Arabien. Eine vom Gallup-Institut im Frühjahr 2002 durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass nur noch 16 Prozent der Saudis den USA positiv gegenüberstehen. Ein stillschweigender Boykott amerikanischer Waren im Königreich legte ein noch offensichtlicheres Zeugnis über die Stimmungslage ab. Zwischen September 2001 und Januar 2004 fielen die amerikanischen Exporte nach Saudi-Arabien um mehr als die Hälfte. Damit nicht genug: am 6. Oktober



2001 begannen die seit Jahren unterbrochenen Bombenanschläge wieder, als – ein weiteres Mal in al-Khobar – zwei Ausländer (ein Amerikaner) getötet und vier verletzt wurden. Autobomben zündeten auch in den folgenden Monaten, ohne immer Leben zu fordern, wie am 20. Juni 2002 im Auto eines britischen Bankangestellten. Immerhin gestand die Regierung nun Aktivitäten von al-Qa'ida im Inland, und damit das Vorhandensein eines erheblichen Terrorproblems, ein. Die Reaktion erfolgte auf zwei Ebenen.

Zum einen durch den auf massiven Einsatz des erfahrenen Repressionsapparates und zum anderen durch die Mobilisierung der geistlichen Verbündeten. Am 14. November 2002 lud Kronprinz und Regent Abdallah die höchsten geistlichen Würdenträger zu einer Audienz und verlangte ihnen ab, sich öffentlich vom Extremismus zu distanzieren, keine Hassgefühle zu schüren und alle Worte beziehungsweise Taten zu unterlassen, die dem Königshaus schaden könnten.<sup>10</sup> Prediger, die sich nicht an die Abmachung hielten, wurden zu Tausenden gemassregelt und erhielten Rede- und Versammlungsverbot. Königshaus und Regierung waren auf der anderen Seite bestrebt, durch ostentative Frömmigkeit den islamistischen Tiger zu reiten und eine Art Wagenburgmentalität mit den Regierten herzustellen. Mit mindestens ebensoviel (unfreiwilligem?) Zynismus wie beschwörender Hoffnung erklärte Verteidigungsminister Sultan, der Terror von al-Qa'ida und anderer Zellen richte sich nicht gegen saudische Bürger und Institutionen, sondern ausschliesslich gegen Ausländer.<sup>11</sup>

Der verheerende Anschlag vom 12. Mai 2003 schien ihm Recht zu geben. Er richtete sich gegen überwiegend von Ausländern bewohnte Appartementanlagen in Riad und forderte 35 Todesopfer sowie etwa 80 Verletzte. Gleichzeitig kündete der Anschlag aber auch vom Scheitern der Strategie Usama Ibn Ladins. Die USA zeigten sich durch den 11. September keinesfalls so ins Mark getroffen wie beabsichtigt. Im Gegenteil, sie schlugen – zuerst in Afghanistan – zurück. Es muss daher als Zeichen von Schwäche gelten, wenn al-Qa'ida auf weiche Ziele wie die in Saudi-Arabien auswich. Aber selbst dort blieben Ausländer im allgemeinen und US-Amerikaner im besonderen im Visier des Terroris-

mus. Der Selbstmordanschlag vom 9. November 2003, der in einem vorwiegend von Einheimischen bewohnten Viertel von Riad 17 arabische Opfer forderte, nährte deshalb einen neuen Verdacht. Eine am 5. Januar 2004 veröffentlichte Tonbandbotschaft Usama Ibn Ladins verschaffte Gewissheit: Ziel von al-Qa'ida ist ab jetzt nicht nur der Puppenspieler, sondern auch die Marionette, weil die Al Sa'ud «dem wahren Glauben abgeschworen haben und unfähig sind, die Muslime zu verteidigen.» Damit haben die Al Sa'ud, die den islamistischen Wind weltweit säten beziehungsweise die Aussaat nach Kräften unterstützten, um sich innenpolitische Legitimität zu erwerben, den Sturm geerntet. Sie erinnern damit an Goethes Zauberlehrling, der die von ihm entfesselten Kräfte schliesslich nicht mehr beherrschte.

### Fazit

Aus dem im Juli 2003 veröffentlichten 900 Seiten umfassenden Kongressreport über den 11. September wurden 28 Seiten nicht veröffentlicht. In Washington und bald auch in aller Welt galt schnell als sicher, dass die zurückgehaltenen Passagen ein vernichtendes Urteil über die saudi-arabische Verwicklung in den globalen Islamismus enthielten. Die unmittelbaren Reaktionen Riads bestätigten das indirekt trotz verbaler Entrüstung.

Die mehrfach als vermeintlicher Finanzier des Terrors in die Schlagzeilen geratene saudische al-Haramein-Stiftung musste ihre Auslandsbüros schliessen, andere Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Stiftungen wurden offiziell staatlicher Aufsicht unterstellt. Die Bankkonten verdächtiger Personen wurden eingefroren und im August 2003 ein Gesetz verabschiedet, das dem Staat generell die Kontrolle von Finanztransaktionen erlaubt.

Neben der unnachsichtigen Verfolgung von Islamisten, suchte die Königsfamilie nun auch verstärkt Verbündete im Inland. Dem im Januar 2003 wieder eröffneten Reigen von Petitionen unterschiedlicher Interessengruppen (unter anderen der diskriminierten Schiiten) wurde mit

## Im Auge des Taifuns

Es ist nicht leicht, ein Land umfassend in Wort und Bild einzufangen und vorzustellen, auch nicht ein Land wie Saudi-Arabien, dessen Vielfalt und Komplexität bei uns oft hinter Pauschalisierungen wie «Wüstenstaat» verschwindet. Die «du»-Redaktion hat sich verdienstvollerweise dennoch vor anderthalb Jahren des Wagnisses unterzogen und ein Heft über die Halbinsel zwischen Rotem Meer und arabisch-persischem Golf – schwergewichtig Saudiarabien – vorgelegt (Im Auge des Taifuns. Du. Die Zeitschrift der Kultur. Dez./Jan. 2002-3).

Das Heft ist eine Annäherung aus verschiedenen Perspektiven. Nebeneinander zur Sprache kommen darin: die Reissbrettstadt für über vier Millionen Autofahrer (=Riad); die nicht unsicht-, aber unerkennbaren, weil zu schwarzen Pinguinen zwangsverhüllten Frauen; der grösste Preis in der Geschichte der Menschheit (=Erdöl); die sicherheitspolitische Interessenverflechtung zwischen den beiden Staaten (=Saudi-Arabien und USA); das Haus bin Laden; die Politik im Namen des Göttlichen Rechts (so der Titel eines Buches aus der Feder eines radikal-konservativen Theologen aus dem 14. Jahrhundert); und vieles andere. Selbst Literarisches ist, der «du»-Gepflogenheit folgend, zu finden: fünf Kurzgeschichten von saudi-arabischen Autorinnen, Geschichten, die aber, einer Unkultur folgend, nicht aus dem arabischen Original, sondern aus dem Englischen übersetzt wurden.

Und dann gibt es Bilder, eine Schwarz-Weiss-Reportage, «Innenansichten», die vieles bringen, was man auch erwartet: die Pickup-Trucks in der Wüste, die schwarzgewandeten Frauen und die weissgewandeten Männer, den Teppichladen, das Kamel neben dem Auto, zerklüftete Landschaft, und dann noch einen Menschen auf weiter Ebene vor kolossalem Berg. Vielleicht kann man kaum mehr Neues fotografieren. Eine nützliche Chronik von 6000 vor bis 2000 nach Chr. und ein Verzeichnis von Herrschern schliesst das Ganze ab, das Interessierten durchaus den Saudi-Arabien-Horizont erweitern kann.

Hartmut Fähndrich

weitaus grösserer Offenheit als in der Vergangenheit begegnet; unmittelbar nach den Anschlägen vom Mai 2003 entstand ein «Konvent zum nationalen Dialog».

Die Al Sa'ud machen sich dabei zunutze, dass die liberalen Oppositionellen und die Schiiten gegenwärtig den Schulterchluss mit ihnen suchen, weil eine islamistische Alternative ihren Ansichten und Interessen noch mehr zuwiderlaufen würde. Gegenwärtig bestehen die «Liberalen» nicht einmal mehr auf freien Wahlen, weil sie einen Erfolg der Islamisten fürchten. Insgesamt kommt den Al Sa'ud letztlich entgegen, dass die saudische Gesellschaft zutiefst konservativ eingestellt ist und Bestand dem Wandel vorzieht.

Vor diesem Dilemma stehen alle Umstürzler. Die Opposition ist zersplittert und weitgehend unorganisiert, keine Gruppe ist so tief in der Gesellschaft verwurzelt, wie es die Al Sa'ud allein durch Grösse, Tradition und Nutzung der verzweigten

Klientelbeziehungen sind. Noch jongliert der Zauberlehrling also.

1 Vgl. Alexiev, Alex, Ölmilliarden für den Dschihad: Saudi-Arabien finanziert den globalen Islamismus. In: Internationale Politik, Berlin, 59(2004)2, S. 24.

2 Vgl. Cordesman, Anthony, Western Strategic Interests in the Southern Gulf. Strategic Relations and Military Realities. Boulder, London 1987, S. 17, Tab. 2.1.

3 Vgl. Janes Defence Weekly, London, 13.11.2001.

4 Vgl. Handelsblatt, Düsseldorf, 8.3.1999.

5 Vgl. The Guardian, London, 2.7.2002.

6 Vgl. Ebenda.

7 Vgl. Ajami, Fouad, Reform versus Tradition. Tragfähigkeit und Qualität der arabischen politischen Ordnung. In: Internationale Politik, a.a.O., 54(1999)7, S. 32 Nach Parametern des Internationalen Währungsfonds (IWF), entwickelte sich Saudi-Arabien damit von einer der reichsten Nationen der Welt zu einer Nation mit durchschnittlichem Einkommen. Siehe Yamani, Mai, Changed identities. The challenge of the new generation in Saudi Arabia. London 2000, S. 72 f.

8 Ali Dakkak in der Süddeutschen Zeitung, München, vom 3.4.2002.

9 Vgl. Orbach, Benjamin, Usama Bin Ladin and al-Qa'ida: Origins and Doctrines. In: MERIA, Ramat-Gan, 5(2001)4, S. 19.

10 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 16.11.2001.

11 Vgl. Gulf News, Dschidda, 23.6.2002.